

Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

Die Wahl von Präsident Dissanayake wird als politische Trendwende für Sri Lanka und als ein Bruch mit den etablierten Dynastien, traditionellen Parteien und Machtstrukturen gewertet. Deshalb lastet ein **hoher Erwartungsdruck auf der linken Regierung**, insbesondere bezüglich der wirtschaftlichen Erholung, der Korruptionsbekämpfung und Verbesserung der Rechenschaftspflicht. Die Bevölkerung möchte tiefgreifende, in ihrem Alltag spürbare Verbesserungen und hat wenig Geduld für verzögerte Reformen.

Obwohl die akute Wirtschaftskrise aus 2022/23 auf dem Papier vorüber zu sein scheint, bleiben die humanitären Konsequenzen für vulnerable Gruppen sichtbar: **Viele Haushalte sind in Armut abgerutscht** und haben durch die gestiegenen Lebenshaltungskosten massive Probleme, essentielle Güter zu finanzieren. Rund 1,1 Millionen Menschen leiden an Unterernährung, etwa 15 Prozent der Kinder unter fünf Jahren sind akut unterernährt. Die makrowirtschaftliche Stabilisierung des Landes ist fragil. Trotz Schuldenrestrukturierungsmaßnahmen mit Japan und dem milliardenschweren IWF-Programm ist das Wirtschaftswachstum bei einem fast gleichbleibend hohen Verschuldungsniveau und Inflation langsamer als durch die sri-lankische Regierung prognostiziert. Der stark belastete Staatshaushalt soll zudem noch sozialstaatliche Reformen finanzieren, wie z. B. die Aufstockung des Sozialhilfeprogramms (Aswesuma Welfare), Zuschüsse für benachteiligte Schüler:innen und die Unterstützung von informell Beschäftigten.

Unzureichende Reformbemühungen

Die neue Regierung geht zwar erste, wichtige Schritte mit Gesetzesreformen zur Korruptionsbekämpfung (Proceeds of Crime Act) oder der öffentlichkeitswirksamen Festnahme des ehemaligen Präsidenten Wickremesinghe im August 2025, bleibt bei Themen wie Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit aber weiterhin defizitär. Trotz einiger positiver Signale, insbesondere dem aktiveren Auftreten der sri-lankischen Menschenrechtskommission (HRCSL) oder den symbolischen Landrückgaben, bestehen schwerwiegende strukturelle Probleme fort. **Die Pressefreiheit in Sri Lanka bleibt stark eingeschränkt**. Vor allem tamilische Journalist:innen berichten von Schikanen, Überwachung und Drohungen. **Sicherheitskräfte begehen weiterhin systematisch Menschenrechtsverletzungen**, vor allem in den Nord- und Ostprovinzen. Tamil:innen, Muslim:innen und Aktivist:innen, die für Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen eintreten, stehen unter massivem Druck durch Überwachung, Einschüchterungen und Verhaftungen.

Symbolhafte Landrückgaben

Die Rückgabe von Grundstücken, die vormals unrechtmäßig durch das Militär besetzt wurden, waren ein zentrales Versprechen in Dissanayakes Wahlkampf. Ihre Symbolkraft weckte in vielen tamilischen Wähler:innen die Hoffnung, dass zentrale Themen wie Vertreibung und Landverlust nun endlich in das Bewusstsein der Regierung rücken würden und so zumindest teilweise historische Ungerechtigkeiten anerkannt und aufgearbeitet werden. Zwar wurden zwischen März und Mai 2025 ca. 50 Hektar Land ehemals militärisch besetzter Grundstücke an ihre rechtmäßigen Eigentümer:innen im Distrikt Jaffna zurückgegeben, doch sind diese Flächen im Vergleich zum gesamten Ausmaß der Besetzungen und Landkonflikte klein. Zudem ist bislang unklar, wie viele Eigentümer:innen tatsächlich Zugang oder Nutzungsrechte für die Flächen erhalten haben und welche weiteren Landrückgaben geplant sind.

Prevention of Terrorism Act (PTA)

Der PTA bleibt ein zentrales Problem im Bereich der Menschenrechte. Unter dem PTA können Inhaftierte bis zu 18 Monate ohne Anklage und ohne Möglichkeit auf Kaution festgehalten werden, ein Rechtsbeistand wird ihnen regelmäßig verwehrt. Trotz seines Wahlversprechens den PTA abzuschaffen und eine menschenrechtskonforme Anti-Terror-Gesetzgebung einzusetzen, nutzt auch die Regierung unter Dissanayake das Gesetz, um insbesondere tamilische und muslimische Personen auf Grundlage vager Vorwürfe zu inhaftieren. Während im Jahr 2024 nach offiziellen Angaben 38 Personen unter dem PTA festgenommen wurden, waren es allein bis Mai 2025 bereits 49 Fälle. Zur Ausarbeitung des neuen Anti-Terror-Gesetzes wurde ein Ausschuss ohne jegliche zivilgesellschaftliche Beteiligung eingesetzt. Jurist:innen befürchten, das neue Anti-Terror-Gesetz werde nur eine kosmetische Veränderung erfahren und weit hinter internationale Menschenrechtsstandards zurückfallen.

Anhaltende Straffreiheit für Kriegsverbrechen

Die anhaltende Straflosigkeit und mangelnde Aufarbeitung der Vergangenheit untergraben die Rechtsstaatlichkeit und das Vertrauen in staatliche Institutionen in Sri Lanka. Die Polizei, Justiz und die zahlreichen Untersuchungskommissionen sind oft politisch beeinflusst oder haben zu geringe Kapazitäten, um Beschwerden nachzugehen, weshalb sich Verfahren in die Länge ziehen und mutmaßliche Täter:innen unbehelligt bleiben. **Sri Lanka gehört weltweit zu den Ländern mit den meisten Fällen von Verschwindenlassen**. Vor allem während des 30-jährigen Bürgerkriegs wurden Dissident:innen durch staatliche Sicherheitskräfte entführt, gefoltert und mutmaß-

lich außergerichtlich hingerichtet. Viele Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen aus der Vergangenheit wurden nie aufgearbeitet. Das Office of Missing Persons (OMP), das 2015 zur Aufarbeitung dieser Verbrechen etabliert wurde, genießt aufgrund der hohen Korruptionsrate in Sri Lanka kaum Vertrauen bei den Angehörigen der Verschwundenen, die auf die Etablierung internationaler Mechanismen zur Aufarbeitung drängen. Deshalb erfüllt das OHCHR Sri Lanka Accountability Project der Vereinten Nationen mit seinem Beweismittelsicherungsmechanismus eine wichtige Funktion, die erhalten und gestärkt werden muss, um zukünftig einen unabhängigen Rechenschaftsprozess zu ermöglichen.

Chemmani-Massengrab

Der Fund des Massengrabs in Chemmani, nahe Jaffna, hat erneut die Forderungen nach Aufarbeitung und Rechenschaft für die begangenen Kriegsverbrechen laut werden lassen. Bei Bauarbeiten wurden im Februar 2025 menschliche Überreste in Chemmani (Nähe Jaffna) entdeckt, an dem bereits früher seit der Aussage eines Soldaten im Jahr 1998 ein Massengrab mit verschwundenen Tamil:innen vermutet worden war. Nach dem Fund ermöglichte ein richterlicher Beschluss die systematische forensische Ausgrabung, bei der seitdem mehr als 200 Skelette exhumiert wurden, darunter auch vermutlich Zivilist:innen. **Der Fund von Gegenständen und Skeletten, die vermutlich mehreren Kindern zuzuordnen sind, legen ein Kriegsverbrechen nahe**, insbesondere deshalb müssen die Untersuchungen unter internationaler Beobachtung stattfinden.

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen an die Bundesregierung:

Wir bitten die Bundesregierung, die rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Bemühungen in Sri Lanka zu unterstützen, indem sie,

- gegenüber der Regierung von Sri Lanka darauf hinwirkt, dass besonders vulnerable Gruppen, wie frauengeführte Haushalte, Kinder und Menschen mit Beeinträchtigung/ Behinderung in den Mittelpunkt der geplanten Sozialreformen gerückt werden;
- den Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen durch ihre Botschaft in Colombo priorisiert, z. B. durch Visa-Erleichterungen und temporäre Aufnahmeprogramme;
- die Abschaffung des PTA und die Reform der Anti-Terror-Gesetzgebung nach internationalen Menschenrechtsstandards in allen politischen Gesprächen mit der Regierung Sri Lankas einfordert;
- sich dafür einsetzt, dass für Inhaftierte unter dem PTA ein Rechtsbeistand gewährleistet wird, Fälle ohne Rechtsgrundlage eingestellt und unabhängige Untersuchungen zu allen Fällen von unverhältnismäßiger Gewaltanwendung oder willkürlicher Inhaftierung durch Sicherheitskräfte ggfs. in Strafverfahren übergeleitet werden;
- in Gesprächen mit der sri-lankischen Regierung einfordert, dass die geplanten Landrückgaben mit Rechtsansprüchen, Titeln und Nutzungsrechten verbunden und nach den Pinheiro Principles gestaltet sind;
- weitere Landenteignungen durch das Militär und archäologische bzw. religiöse Behörden verurteilt;
- die dortige Regierung unterstützt, Empfehlungen der UN-Vertragsorgane umzusetzen;
- eine opferzentrierte, transparente und forensisch korrekte Untersuchung der Massengräber unter Einhaltung des Minnesota Protokolls gegenüber der sri-lankischen Regierung fordert;
- ihre finanzielle und technische Unterstützung zur forensischen Untersuchung der Massengräber anbietet, z. B. durch Expert:innenaustausch, Schulungen und Equipment;
- die Fortführung und Finanzierung des OHCHR Sri Lanka Accountability Project (OSLAP) stützt;
- gegen die Verantwortlichen von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen individuelle Sanktionen (Reiseverbote, das Einfrieren von Vermögenswerten) verhängt;
- nach dem Weltrechtsprinzip die Möglichkeit von Ermittlungen und Strafverfolgung erkundet und ausschöpft, um insbesondere eine Beweismittelsicherung und -weitergabe im Wege der Rechtshilfe in Deutschland zu ermöglichen sowie Vorbereitungen von Verfahren gegen Täter zu treffen, die ggfs. in Zukunft nach Deutschland reisen werden, oder Fahndung und Auslieferungsersuchen durch das Erlassen von Haftbefehlen zu priorisieren.